

0.3 Bezirksgemeindeversammlung

Protokoll der Bezirksgemeinde vom Montag, 26. September 2016

Beginn	19.30 Uhr
Ort	Gemeindesaal Altes Schulhaus
Teilnehmende	Bezirksrat: - Franz Pirker, Bezirksammann - Hanspeter Egli, Bezirksstatthalter, Ressortchef Planung und Gewässer - Philipp Fink, Säckelmeister, Ressortchef Finanzen Informatik Controlling - Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur - Meinrad Gyr, Ressortchef Infrastruktur - Markus Kälin, Ressortchef Liegenschaften Sport und Freizeit - Stefan Kälin, Ressortchef Bau Umwelt Energie - Patrick Notter, Ressortchef Volkswirtschaft Sicherheit - Gerhard Villiger, Ressortchef Soziales und Gesundheit - Peter Eberle, Landschreiber Bezirksverwaltung: - Andreas Baumgartner, Abteilungsleiter Planen Bauen Umwelt Energie - Werner Landtwing, Abteilungsleiter Finanzen Informatik Controlling - Irene Michel, Landschreiber-Stv., Abteilungsleiterin Kanzlei / Volkswirtschaft Sicherheit - Alois Oberholzer, Abteilungsleiter Soziales und Gesundheit - Jakob Wyrsch, Abteilungsleiter Liegenschaften Sport und Freizeit - Markus Zollinger, Abteilungsleiter Bildung und Kultur - Roger Leitner, Abteilungsleiter Infrastruktur Rechnungsprüfungskommission: - Annamarie Kälin-Steinegger, Präsidentin - Stephan Böni - Marco Kälin - Sandra Kälin-Brunner - Andreas Kuriger sowie rund 120 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Begrüssung

Bezirksammann Franz Pirker begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Bezirksgemeinde.

Nach dem Gebet stellt der Bezirksammann fest, dass die Einladung zur Bezirksgemeinde vorschriftsgemäss erfolgt ist. Beanstandungen bezüglich Ankündigung oder Einladung werden keine vorgebracht, womit die Bezirksgemeinde ordnungsgemäss abgehalten werden kann.

Der Bezirksammann ersucht alle Anwesenden, welche nicht im Bezirk Einsiedeln stimmberechtigt sind, in einem separaten Bereich Platz zu nehmen. Er macht darauf aufmerksam, dass Personen, die wissentlich ohne Stimmrecht abstimmen, Wahl- und Abstimmungsfälschung begehen und sich damit strafbar machen. Wer sich zu Wort meldet, hat sich zuhänden des Protokolls mit Namen und Vornamen vorzustellen.

Wahl der Stimmenzähler

Aus der Versammlung erfolgen keine Empfehlungen, weshalb der Bezirksammann folgende Personen als Stimmenzähler vorschlägt:

- Jürg Kalbermatten
- Marlies Burkard
- Walter Kälin („Platzi“)

Es erfolgen weder Einwände noch weitere Nennungen, womit die vorgeschlagenen drei Personen als Stimmenzähler gewählt sind.

Traktandenliste

Der Landschreiber verliest die Traktandenliste:

1. Baukredit für den Neubau Kindergarten Nordstrasse
2. Baukredit für den Erweiterungsbau Schulhaus Gross
3. Baukredit für die Neugestaltung des Hauptplatzes
4. Projektierungskredit für die SOB-Haltestelle Blatten
5. Aufnahme in das Bürgerrecht von Einsiedeln
 - a) Hickey Daniel mit Sohn Jose Angel
 - b) Hickey Rosa Maria
 - c) Ritter Christiane Lilly

Der Bezirksammann erkundigt sich, ob die Versammlungsteilnehmenden mit der Reihenfolge der Traktanden einverstanden sind. Es erfolgen keine Wortmeldungen, somit werden die Traktanden vorschlagsgemäss behandelt.

Traktandum 1.

Baukredit für den Neubau Kindergarten Nordstrasse

Bezirksammann Franz Pirker verweist bezüglich der Einzelheiten auf die Botschaft ab Seite 5 und erteilt das Wort dem zuständigen Bezirksrat Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur.

Dieser zeigt die aktuelle Situation und verweist auf den Bedarf eines Ersatzbaus für das heutige Provisorium. Anhand von Plangrundlagen und Visualisierungen sowie Details zum Raumprogramm, Schülerzahlen und einer Kostenschätzung präsentiert Christoph Bingisser das vorliegende Projekt.

Andreas Kälin, Präsident CVP, stellt im Namen seiner Partei den Rückweisungsantrag, den Neubau des Kindergartens gemeinsam mit der Aufstockung des Schulhauses Nordstrasse zur Abstimmung zu bringen. Eine Zerstückelung der Projekte sei zu verhindern. Andreas Kälin verspricht sich davon Kosteneinsparungen, insbesondere bei Vergaben und der Projektleitung.

Andreas Kälin betont, dass die CVP hinter der Schule und den benötigten Räumlichkeiten stehe. Jedoch müsse die gesamte Schulraumplanung der Bevölkerung offen und mit einer Projektorganisation sowie einer Zeitschiene aufgezeigt werden.

Der Bezirksammann wünscht eine detailliertere Begründung im Hinblick auf den Zusammenhang mit dem Schulraum für die Primarschule. Andreas Kälin verweist auf die zweite Vorlage (Erweiterung Schulhaus Gross). Die CVP strebe eine haushälterische Nutzung der Ressourcen an und wünsche sich eine transparente Gesamtsicht zum Schulraum. Der Bezirksammann präzisiert den Rückweisungsantrag auf eine bauliche Zusammenlegung der beiden Projekte auf dem Areal Nordstrasse.

Nach Beratung mit dem Landschreiber erklärt der Bezirksammann die Annahme des Rückweisungsantrags und erteilt das Wort dem Ressortchef Bildung und Kultur zur Erläuterung der Fragestellungen.

Christoph Bingisser weist darauf hin, dass auch der Bezirksrat den Zeitdruck wahrnehme, dennoch aber überzeugt sei von der Vorlage zum Neubau des Kindergartens Nordstrasse. Aus organisatorischen Gründen würden nicht beide Projekte zusammen erstellt werden können, weil dadurch das ganze Areal blockiert würde und der gesamte Betrieb nicht mehr sichergestellt werden könnte. Christoph Bingisser bezweifelt zudem, dass tatsächlich Synergien genutzt und Kosten eingespart werden könnten. Für weitere Kindergartenräumlichkeiten seien Lösungen evaluiert worden und es werde im Kultur- und Kongresszentrum Zwei Raben zu einer Mietlösung kommen.

Urs Gubler erkundigt sich, wie genau die Kostenschätzung sei. Christoph Bingisser erläutert, dass eine Abweichung von 10 bis 15 Prozent möglich sei. Im derzeitigen Planungsstand und angesichts des wenig komplexen Bauprojekts sei jedoch nicht mit Überraschungen im Sinne von Mehrkosten zu rechnen.

Kantonsrat Urs Birchler bezeichnet das Projekt als Luxuslösung. Beispielsweise verfüge jedes Kindergartenzimmer über eine eigene Küche, was mit Sicherheit nicht den kantonalen Raumvorgaben entspreche. Auch ein Lift sei nicht nötig, um die Anforderungen an die Behindertengerechtigkeit zu erfüllen. Seiner Einschätzung nach müssten auf jeden Fall Kostenoptimierungen möglich sein. Aufgrund der finanziellen Lage des Bezirks ersucht er den Bezirksrat, auf derartige Luxusbauten zu verzichten und haushälterisch mit den finanziellen Mitteln umzugehen. Der Bezirksammann bestätigt, dass innerhalb der Planung noch Wünsche berücksichtigt werden können und sich die Ressorts Bildung & Kultur und Liegenschaften Sport Freizeit darum bemühen werden.

Sepp Bisig spricht sich gegen den Rückweisungsantrag der CVP aus. Es handle sich bei Kindergarten und Schulhaus Nordstrasse um zwei verschiedene Projekte. Zudem befürchtet er bei der Aufstockung des Schulhauses Einsparungen, welche auch den Neubau des Kindergartens verzögern würden.

Salome Besmer, Schulrätin: Bestätigt, dass man mit dem Neubau ein Jahr zu spät sei. Jedoch sei zu erwarten, dass im ersten Jahr noch nicht so viele Kinder erwartet werden und die Räume bzw. eine Mietlösung ausreichen müssten. Voraussichtlich erst im zweiten Jahr werde das ganze Raumangebot benötigt.

Bezirksammann Franz Pirker fragt bei Andreas Kälin nach, ob die CVP an ihrem Rückweisungsantrag festhalte, was dieser bejaht. Anschliessend lässt der Bezirksammann über den Antrag abstimmen. Der Rückweisungsantrag der CVP „Der Baukredit für den Neubau Kindergarten Nordstrasse sei an den Bezirksrat zurückzuweisen und mit dem Baukredit für die Aufstockung des Schulhauses Nordstrasse zur Abstimmung vorzulegen“ wird mit grossem Mehr abgewiesen. Der Bezirksammann schliesst die Diskussion ab und verliest den

Antrag des Bezirksrats:

1. Dem Baukredit für den Neubau des Kindergartens Nordstrasse über Fr. 3,29 Mio. sei zuzustimmen.
2. Der Bezirksrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Bezirksammann erteilt das Wort an die Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission, Annamarie Kälin-Steinegger. Diese bestätigt, dass die RPK die Sachvorlage in formeller, materieller und rechtlicher Hinsicht geprüft hat. Die RPK unterstütze den Antrag des Bezirksrats und empfehle den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, diesem zuzustimmen.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht und das Sachgeschäft „Baukredit für den Neubau des Kindergartens Nordstrasse“ wird an die Urnenabstimmung vom 27. November 2016 überwiesen.

Traktandum 2.

Baukredit für den Erweiterungsbau Schulhaus Gross

Bezirksammann Franz Pirker verweist bezüglich der Einzelheiten auf die Botschaft ab Seite 13 und erteilt das Wort dem zuständigen Bezirksrat Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur.

Dieser präsentiert die heutige Situation und erläutert die Gründe für die Notwendigkeit des vorliegenden Projekts:

- Einführung des Zweijahreskindergartens 2017/18 (kantonale Vorgabe)
- Werkraum im Luftschuttkeller (Beanstandung Kanton)
- Fehlende Gruppenräume (kantonale Vorgabe)

- Fehlende Unterrichtsräume für IF-, IS- und DaZ (kantonale Vorgabe)
- Fehlendes Schulleitungsbüro (kantonale Vorgabe)
- Fehlende Besprechungs- (für Schulsozialarbeit) und Sitzungszimmer (kantonale Vorgabe)
- Fehlende Liftanlage
- Fehlende Zivilschutzplätze im Viertel Gross
- Erweiterte Aula als Möglichkeit für die Einführung eines Mittagstisches sowie Mehrnutzen für die Bevölkerung von Gross

Das Kantonale Riehtraumprogramm sei für den Bezirk als Schulträger verbindlich. Christoph Bingisser zeigt die Details des Projekts, anhand welcher der Bezirk das kantonale Riehtraumprogramm umzusetzen gedenkt. Abschliessend nennt er die Gründe für die Mehrausgaben gegenüber in früheren Projektphasen genannten Kostenprognosen. Es sind dies insbesondere feuerpolizeiliche Anforderungen, die Umlegung des Bachs, die erforderliche Liftanlage, Aushub / Baugrund sowie die Anforderungen des Kantons bezüglich Riehtraumprogramm und Minergie-Standard.

Andreas Kälin, Präsident CVP, stellt im Namen seiner Partei den Antrag, den Baukredit für den Erweiterungsbau Schulhaus Gross an den Bezirksrat zurückzuweisen. Diese Vorlage sei als Richtprojekt zu betrachten und es seien neue Varianten im Sinne von kostenoptimierten Projekten zu prüfen.

Anlässlich der Bezirksgemeinde vom 21. April 2015 sei bei der Vorlage für den Landerwerb kommuniziert worden, dass keine Ausschreibung nötig sei und die Summe von 1,5 Mio. Franken nicht überschritten werde. Nun hätten sich Kosten nahezu vervierfacht, was insofern unerklärlich sei, als dass das Riehtraumprogramm schon damals bekannt gewesen sei. Die CVP sehe den Bedarf der ausgewiesenen Räumlichkeiten, dies sei jedoch kein Grund, dem Stimmbürger nicht wirtschaftliche und unverhältnismässige Konzepte aufzuzeigen. Ein Jahr mehr oder weniger auf der Zeitschiene sei nicht relevant, es müssten angesichts des Zeitplans ohnehin Zwischenlösungen gefunden werden.

Der Bezirksammann schätzt den Antrag, die Vorlage dem Stimmbürger in kostenoptimierter Form nochmals vorzulegen, als versteckten Ablehnungsantrag ein. Allein das Argument, die Vorlage sei zu teuer, genüge nicht zur Rückweisung. Zur Rechtfertigung einer Rückweisung sei eine Präzisierung des Antrags nötig. Andreas Kälin ergänzt, dass es nicht bestreitbar sei betreffend öffentlicher Ausschreibung. Zudem stelle sich die Frage, ob mehr als ein Projekt geprüft und bezüglich Kosten verglichen wurde.

Bezirksammann Franz Pirker verneint letzteres. Naheliegenderweise sei die Projektstudie demjenigen Architekten in Auftrag gegeben worden, welcher seinerzeit die Schulanlage Gross erstellt habe und die örtlichen und planerischen Gegebenheiten kenne. Die Vergabe sei auch im Hinblick auf das Honorar absolut unproblematisch gewesen. Er betont zudem, dass allein aufgrund der kantonalen Vorgaben kaum Handlungsspielraum und somit Möglichkeiten zur Kostenoptimierung vorhanden seien.

Christoph Bingisser ergänzt, dass man sich bei den Kosten im Rahmen von 650 Franken pro Kubik bewege, was durchaus im Rahmen anderer Schulhausprojekte liege. Ziel sei zudem, in Gross kein Provisorium erstellen zu müssen; der Zweijahreskindergarten würde in der Übergangsphase doppelt geführt. Wenn die Schulhauserweiterung plangemäss vorangetrieben werden könnte, würden keine Provisorien nötig. Die grosse Kostensteigerung anerkennt Christoph Bingisser. Er verweist diesbezüglich auf zahlreiche Planungsunsicherheiten, beispielsweise waren die Gewässerabstandsproblematik und die Herausforderungen bezüglich Untergrund nicht bekannt. Man sei sich bewusst, zu vorsichtig budgetiert zu haben, es sei jedoch in der Planung sämtliches Sparpotenzial ausgeschöpft worden.

Bezirksammann Franz Pirker erkundigt sich bei Andreas Kälin, ob die CVP an ihrem Rückweisungsantrag festhalte. Dieser bestätigt die Rückweisung als Richtprojekt, um das Projekt nochmals auf Einsparmöglichkeiten zu prüfen. Der Bezirksammann nimmt den Antrag an und lässt darüber abstimmen. Der Rückweisungsantrag der CVP „Der Baukredit für den Erweiterungsbau Schulhaus Gross sei als Richtprojekt an den Bezirksrat zurückzuweisen und auf Einsparmöglichkeiten zu überprüfen“,

Ueli Brügger merkt zur Botschaft an, dass bei der Sachvorlage „Kindergarten Nordstrasse“ ein lesbarer Plan vorhanden sei. Im Botschaftstext „Schulhaus Gross“ sei das offenbar nicht möglich gewesen und er ersucht darum, in Zukunft verständliche Pläne abzubilden.

Zudem erkundigt er sich, weshalb sich die RPK gegen diese Vorlage ausgesprochen habe, und bittet darum, dass die RPK ihre Stellungnahme vor der Abstimmung verliest.

Ruedi Bopp erinnert daran, dass im Kantonsrat am 25. Mai diesen Jahres ein Antrag der CVP angenommen wurde, nach welchem sich der Kanton aus Projekten, bei welchen keine kantonalen Gelder fliessen, bezüglich Vorgaben zurückziehe. Er erkundigt sich, wie verbindlich nun das Richtraumprogramm des Kantons für das Projekt Schulhaus Gross sei. Weiter sei aus der Botschaft nicht ersichtlich, ob ein Gesamtkonzept für die Schulraumentwicklung vorliege. Grundsätzlich anerkenne er die Erfordernis an Schulräumen, möchte jedoch wissen, wo in Einsiedeln und den Vierteln der anstehenden Raumbedarf, z.B. für Mittagstisch, IF und DaZ in Zukunft realisiert werde.

Christoph Bingisser bestätigt, dass das Richtraumprogramm des Kantons für den Bezirk absolut verbindlich sei. Einerseits müssten die kantonalen Vorgaben an den Schulraum erfüllt werden, andererseits seien nur dann Subventionen erhältlich. Es seien aber auch keine Antworten seitens Kanton erhältlich, welche Konsequenzen das Nichteinhalten dieser Vorgaben nach sich ziehen würden.

Bezüglich Mittagstisch erinnert Christoph Bingisser daran, dass dessen Einführung ein Legislaturziel des Bezirksrats sei. Man versuche, entsprechende Infrastrukturen bei Neu- und Umbauten zu realisieren. Es sei hingegen nicht vorgesehen, grundsätzlich in jedem Schulhaus einen Mittagstisch zur Verfügung zu stellen, sondern dieses Angebot bedarfsgerecht anzubieten. IF und DaZ können aus schulorganisatorischen Überlegungen zentral geführt werden, dies werde im Moment mangels Alternativen auch so gehandhabt. Langfristig werde jedoch aus organisatorischen Gründen versucht, diese Angebote in allen Schulhäusern zu integrieren.

Eine eigentliche Strategie zum Schulraum sei im Moment nicht vorhanden. Zwar sei der Bedarf bekannt und ebenso seien Ideen vorhanden, wie dieser abgedeckt werden könnte. Die Vergangenheit habe jedoch gezeigt, dass langfristige Strategien aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt werden konnten. Christoph Bingisser bestätigt aber, man sei derzeit an einer Analyse, Bestandsaufnahme und Bedarfsabklärung.

Lilian Schönbachler, Präsidentin FDP, war eigentlich bisher vom Projekt überzeugt, angesichts der heutigen Diskussion tauchen aber auch bei ihr immer mehr Fragezeichen auf. Sie wundert sich ob der Aussage, dass der Bezirksrat bezüglich Schulraum keine Strategie habe. Ebenso erstaunt es sie, dass die Konsequenzen bzw. Sanktionen für das Nichteinhalten der Kantonsvorgaben nicht bekannt sein sollen? Und wenn sie beispielsweise höre, dass die zentrale Führung von Schulräumen durchaus möglich sei, sehe sie im Raumprogramm des Schulhauses Gross durchaus Sparpotenzial. In diesem Sinne mahnt sie zu verantwortungsvollem Umgang mit den finanziellen Mitteln.

Christoph Bingisser weist darauf hin, dass nicht an Strategien festgehalten werde, welche schlussendlich nicht umgesetzt werden können. Man wisse seitens Bezirksrat, was an Schulraum vorhanden sei und was noch benötigt werde, und man bemühe sich, diesen Bedarf baulich sicherzustellen. Wenn nun gespart werde, indem nur kurzfristig und nicht für die zukünftigen Anforderungen gebaut werde, komme das den Bezirk langfristig teurer zu stehen.

Salome Besmer erinnert daran, dass in Gross schon seit einigen Jahren Ausbaubedarf bestehe. Der Schulkreis Gross dürfe ihres Erachtens nicht mit einer Gesamtschulraumplanung verbunden werden. Beispielsweise sei die Realisierung von Räumen für DaZ oder IF kein Luxus, sondern nachgewiesener Bedarf. Zudem seien in Gross auch keine Räumlichkeiten für Aufführungen und Zusammenkünfte vorhanden.

Kantonsrat Josef Landolt kann solche Aussagen nicht nachvollziehen, das fehlende Raumangebot für kulturelle Veranstaltungen habe nichts mit dem genannten pädagogischen Bedarf zu tun. Er unterstütze die Rückweisung der CVP.

Salome Besmer präzisiert ihre Aussage dahingehend, dass es nicht um Räumlichkeiten für Theater und dergleichen gehe, sondern ausschliesslich ein Raum für Zusammenkünfte, Aufführungen und Feste der Kinder gemeint seien.

Andreas Kälin sieht den Bedarf in Gross und zweifelt das vorliegende Raumprogramm nicht grundsätzlich an. Er ist aber der Meinung, dass bei dieser Vorlage nochmals über die Bücher gegangen werden müsse. Er zeigt nach wie vor Unverständnis zu den früheren Aussagen bezüglich Ausschreibung und Kostenhöhe.

Der Bezirksammann erteilt das Wort der Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission, Annamaria Kälin-Steinegger. Diese bestätigt, dass die RPK die Sachvorlage „Baukredit für den Erweiterungsbau Schulhaus Gross“ nach den in der Botschaft aufgeführten Kriterien geprüft hat. Es liege der RPK fern, sich allgemein gegen den Erweiterungsbau zu stellen. Ihre Aufgabe liege ausschliesslich darin, dem Stimmbürger die finanziellen Auswirkungen anhand der Höhe der Bau- und späteren Unterhaltskosten aufzuzeigen und dahin zu wirken, dass diese finanziell erträglich bleiben. Die RPK sehe, dass Kindergarten, Werkraum, Gruppenräume etc. erstellt werden müssten, um einer zeitgerechten Unterrichtsform zu entsprechen. Sie sei jedoch zur Überzeugung gelangt, dass bei dieser Sachvorlage das Wünschbare nicht vom Notwendigen

getrennt worden sei. Insbesondere bei bestehenden Schulanlagen oder bei Erweiterungen seien Ausnahmen gegenüber dem Richtraumprogramm möglich. Gemäss mündlicher Auskunft des kantonalen Amtes für Volksschulen und Sport werde der Erweiterungsbau vom Kanton auch dann subventioniert, wenn dispo- nible Räume wie separate DaZ- und IF-Räume, Mehrzweckraum, Schutz- und Nebenräume, Konferenz- räume etc. weggelassen oder verkleinert würden. Dies, sofern die notwendigen Räume dem Grössenmass des kantonalen Richtraumprogrammes entsprechen. Gemäss Vorschlag der RPK soll das Projekt noch- mals überarbeitet und dem Stimmbürger ein redimensioniertes Raumprogramm vorgelegt wird.

Aus diesen Gründen unterstütze die RPK den Antrag des Bezirksrates nicht und empfehle den Stimmbür- gerinnen und Stimmbürgern, diesen abzulehnen.

Bezirksammann Franz Pirker bringt nun den Rückweisungsantrag der CVP, das vorliegende Projekt als Richtprojekt zu erachten und dem Stimmbürger eine kostenoptimierte Variante vorzulegen, zur Abstim- mung. Aufgrund der ausgeglichenen Handmehr kommen die Stimmenzähler zum Einsatz. Der Antrag der CVP erhält 53 Stimmen, das Gegenmehr zählt 55 Stimmen.

Ueli Brügger meldet Zweifel an, dass der Bezirksammann stimmberechtigt sei, da ihm der Stichentscheid obliege. Da Bezirksammann Franz Pirker mitgestimmt hatte, wird das Abstimmungsergebnis korrigiert, wo- mit der Rückweisungsantrag der CVP mit 54 zu 53 Stimmen abgelehnt wurde. Der

Antrag des Bezirksrats:

1. Dem Baukredit zum Erweiterungsbau Schulhaus Gross im Betrag von Fr. 4'375'000 sei zuzustimmen.
2. Der Bezirksrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

wird an die Urnenabstimmung vom 27. November 2016 überweisen.

Traktandum 3.

Baukredit für die Neugestaltung des Hauptplatzes

Bezirksammann Franz Pirker verweist auf die Einzelheiten ab Seite 25 der Botschaft und erteilt das Wort an Hanspeter Egli, Bezirksstatthalter, Ressortchef Planung und Gewässer.

Der Bezirksstatthalter informiert über die Ausgangslage. Aufgrund von verschiedenem Instandsetzungsbe- darf (Foundation und Belag, Werkleitungen, behindertengerechte Anpassungen) sind am Kloster- und Hauptplatz Sanierungen im Kostenrahmen von rund sechs Millionen Franken notwendig. Die Arbeiten wür- den gemeinsam mit dem Kloster geplant, die Perimeter und damit auch die Kostentragung würden jedoch konsequent getrennt. Die Sanierung möchte der Bezirk nutzen für eine gleichzeitige Neugestaltung des Hauptplatzes mit Zusatzkosten von 1,75 Mio. Franken. Schwerpunkte sind dabei ein «Platz im Platz» mit Treppenanlage, eine Platzentwässerung, Beleuchtung und Infrastruktur sowie gestalterische Massnah- men. Bezirksstatthalter Hanspeter Egli stellt die Planung und den vorgesehenen Bauablauf vor und erläu- tert das Projekt und die Materialien im Detail. Ebenso erläutert er die Parkplatzbilanz; dem Parkplatzbedarf soll mit einem Wettbewerb für ein Parkhausprojekt «Adlermätteli» Rechnung getragen werden.

Nicola Urscheler versteht nicht, weshalb nun separat über den Hauptplatz diskutiert werde, ohne die ent- sprechenden Ausführungen des Klosters sei kein Entscheid möglich. Er spricht sich gegen den „Platz im Platz“ aus, dieser werde den Zugang zu den Arkaden verschmälern. Auch für Behinderte werde sich der Zugang zum Kloster verschlechtern.

Bezirksstatthalter Hanspeter Egli bestätigt, dass heute ausschliesslich der Hauptplatz behandelt werde, die Bauvorhaben des Klosters seien nicht Gegenstand des Sachgeschäfts des Bezirks. Planung und Arbeiten seien jedoch sowohl terminlich als auch baulich jederzeit auf das Sanierungsprojekt des Klosters abge- stimmt. Seitens Bezirk würde zuerst die Strassenverlegung erfolgen, anschliessend würden – gemeinsam mit dem Kloster – die Arbeiten am Haupt- und am Klosterplatz angegangen. Hanspeter Egli erinnert daran, dass das vorliegende Sachgeschäft Hauptplatz auf dem Gewinnerprojekt des seinerzeitigen Wettbewerbs basiere.

Bezüglich Behindertentauglichkeit erläutert Hanspeter Egli, dass im neuen Projekt explizit zwei behinder- tengerechte Zugänge vorgesehen seien, was gegenüber der heutigen Situation eine wesentliche Verbes- serung darstelle. Die Behindertenorganisationen seien bei der Planung miteinbezogen worden und würden das vorliegende Projekt vollumfänglich unterstützen.

Heino von Prondzynski, Vereinigung der Freunde des Klosters Einsiedeln, bestätigt, dass die Zeitschienen von Bezirk und Kloster bzw. deren Projekte aufeinander abgestimmt sind. Die Arkaden, welche bereits in der Sanierungsphase sind, würden 2017 (Nordarkade) bzw. Ende 2018 / Anfang 2019 (Südarkade) fertiggestellt. Er bestätigt wieder, dass das von Bezirksstatthalter Hanspeter Egli präsentierte Bild des fertiggestellten Haupt- und Klosterplatzes im Jahr 2020 tatsächlich so aussehen werde.

Lilian Schönbachler, Präsidentin FDP, bedankt sich für die hervorragende und umfassende Information zur Sanierung und Neugestaltung des Klosterplatzes. Die FDP unterstütze das Projekt vollumfänglich. Sie lobt das Projekt und bezeichnet es als nötig und für Einsiedeln wichtig. Einsiedeln lebe vom Tourismus und es sei für alle Einsiedler unerlässlich, den Hauptplatz, welcher die Touristen nach Einsiedeln bringe, zu erhalten.

Greuter? hält fest, dass der Hauptplatz gemäss Botschaft kein Festplatz werden solle. Gleichwohl könne der Platz für verschiedenen Veranstaltungen genutzt werden. Er erkundigt sich nach der Vereinbarkeit. Bezirksstatthalter Hanspeter Egli bestätigt, dass die bisherigen Veranstaltungen nach wie vor möglich sein werden. Bei der Beurteilung werde im Zweifelsfalle oder bei neuartigen Veranstaltungen mit dem Kloster Rücksprache gehalten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und Bezirksammann Franz Pirker verliest den

Antrag des Bezirksrats:

1. Dem Baukredit für die Neugestaltung des Hauptplatzes im Betrag von Fr. 1'750'000.– sei zuzustimmen.
2. Der Bezirksrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Bezirksammann erteilt das Wort dem RPK-Mitglied Andreas Kuriger. Dieser bestätigt, dass die Rechnungsprüfungskommission des Bezirks Einsiedeln die Sachvorlage «Sanierung und Neugestaltung Hauptplatz Einsiedeln; Baukredit» in formeller, materieller und rechtlicher Hinsicht geprüft habe. Die RPK stelle fest, dass die Kostenschätzung für die gesamte Sanierung und Neugestaltung insgesamt Fr. 7'705'000.– betrage. Diese setze sich zusammen aus gebundenen und nicht gebundenen Kosten:

Sanierung Hauptplatz (gebunden) Fr. 5'800'000.–

Neugestaltung Hauptplatz (nicht gebunden) Fr. 1'600'000.–

Sanierung Wasser/Abwasser (gebunden) Fr. 155'000.–

Neugestaltung Wasser/Abwasser (nicht gebunden) Fr. 150'000.–

Die RPK unterstütze den Antrag des Bezirksrates und empfehle den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, diesem zuzustimmen.

Das Sachgeschäft „Baukredit für die Neugestaltung des Hauptplatzes“ wird an die Urnenabstimmung vom 27. November 2016 überweisen.

Traktandum 4.

Neubau zusätzliche Bahnhaltestelle «Blatten»: Projektierungskredit

Bezirksammann Franz Pirker verweist bezüglich der Einzelheiten ab Seite 33 der Botschaft und erteilt das Wort an Bezirksrat Patrick Notter, Ressortchef Volkswirtschaft Sicherheit.

Patrick Notter verweist eingangs auf einen Druckfehler in der Botschaft: auf Seite 38 in der Abschreibungstabelle sei die letzte Zeile (Jahr 2028) zu streichen.

Wie Patrick Notter ausführt, haben verschiedene zeitliche Faktoren den Bezirksrat dazu veranlasst, die Projektierung der Haltestelle zum jetzigen Zeitpunkt zur Abstimmung zu bringen: Einerseits könnte die Haltestelle im Zuge des Doppelspurausbaus der SOB im Jahre 2019 unter Nutzung der Synergien mit einer grossen Kostenersparnis erstellt werden. Andererseits seien auf den SOB-Linien Einsiedeln-Pfäffikon und Einsiedeln-Wädenswil mehrere Begehren für Haltestellen vorhanden, aus fahrplantechnischen Gründen könnten jedoch nur zwei umgesetzt werden; zu einem späteren Zeitpunkt sei eine Realisierung daher kaum mehr möglich. Weiter betont Patrick Notter, dass in absehbarer Zeit wegen der Überbauung des Bahnhofareals die P&R-Parkplätze beim Güterschuppen entfallen werden. Für diese wolle der Bezirksrat Ersatz schaffen und das P&R-Angebot nach Möglichkeit ausbauen.

Eine in Auftrag gegebene Markt- und Situationsanalyse habe das Potenzial einer neuen Haltestelle im Gebiet Blatten deutlich aufgezeigt. Patrick Notter erläutert, dass die Haltestelle für Einsiedeln in verschiedenen Bereichen Mehrwert generieren würde. Er erwähnt insbesondere die Möglichkeiten, welche sich für P&R sowie weitere Parkierung ergeben, sowie die Verkehrsentslastung des Dorfzentrums, die Verbesserung der Erschliessungsqualität sowie die Auswirkungen für den Tourismus, die Standortqualität und auf die Wertschöpfung für Einsiedeln. Abschliessend nennt er die Baukosten von 2,8 Mio. Franken sowie die jährlichen Mehrkosten an den Betriebsbeitrag Einsiedeln an den öffentlichen Verkehr; diese würden sich zwischen 210'000 und 275'000 bewegen, je nach Berechnung des Verteilschlüssels zwischen Kanton und Gemeinden.

Lilian Schönbachler erkundigt sich, per wann die heutigen P&R-Parkplätze beim Bahnhof wegfallen werden, was die Parkplätze rund um die Haltestelle Blatten kosten bzw. ob diese Kosten in den 2,8 Mio. Franken des Baukredits enthalten seien und welche jährliche Kosten für den Bezirk anfallen.

Andreas Baumgartner, Abteilungsleiter Planen Bauen Umwelt Energie, erklärt, dass die Realisierung des Projekts „Dreiklang“ auf dem Bahnhofareal voraussichtlich 2021 erfolgen wird. Patrick Notter erläutert, dass die Parkplätze nicht im Baukredit enthalten seien. Der Bezirk würde die Parkplätze anbieten, jedoch nicht gratis, die Kosten würden vom Benutzer getragen; heute würden die Parkplätze beim Bahnhof Fr. 6.- pro Tag kosten. Jährliche Kosten würden für den Bezirk keine anfallen; die Haltestelle wäre im Besitz der SOB, welche auch den Unterhalt garantiert.

Karl Hensler teilt die Einschätzung bezüglich des Mehrverkehrs im Zentrum nicht. Für die Neubaugebiete werde ja die Nähe zum Bahnhof propagiert, daher sollte keine zusätzliche Belastung des Dorfzentrums beispielsweise durch die Allmeind entstehen. Eine Entlastung der Zürichstrasse werde durch eine Haltestelle Blatten nicht erfolgen. Zudem sei die neue Haltestelle nahe am Bahnhof. Patrick Notter erinnert daran, dass die Verkehrsproblematik im Gesamtkontext im Auge behalten werden müsse, z.B. im Zusammenhang mit Fragen wie dem Zustieg der Viertelsbewohner auf den öV und Zukunft des Willerzeller Viadukts. Die Haltestelle Blatten könnte für Entlastung sorgen, da eine solche strassenseitig nicht absehbar sei.

Ruedi Bopp begrüsst das Projekt der neuen Haltestelle, da sich die Verkehrsproblematik in Einsiedeln verstärken werde. Diese werde auch mit der Haltestelle Blatten eine Herausforderung bleiben. Er unterstützt die Sachvorlage, wünscht sich im Hinblick auf den Baukredit jedoch vom Bezirksrat die Vorlage einer Gesamtverkehrsstrategie in einem längeren Zeithorizont. Nicht zu vergessen sei, dass der Verkehr an Spitzentagen nach wie vor nach Einsiedeln fliessen werde, auch die Parkplätze in Biberbrugg müssten weiterhin genutzt werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und Bezirksammann Franz Pirker verliest den

Antrag des Bezirksrats:

1. Dem Projektierungskredit über Fr. 212'220.- für den Neubau einer zusätzlichen Bahnhaltestelle «Blatten» sei zuzustimmen.
2. Der Bezirksrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Bezirksammann erteilt das Wort der Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission, Annamarie Kälin-Steinegger. Diese bestätigt, dass die Rechnungsprüfungskommission die Sachvorlage «Projektierungskredit Neubau Bahnhaltestelle Blatten» in formeller, materieller und rechtlicher Hinsicht geprüft habe. Die RPK stelle fest, dass die Folgekosten dieser Sachvorlage die Laufende Rechnung zukünftig stark belasten werde. Nach dem neuen Verteilschlüssel von 60 zu 40% ab 2017 würde der jährliche Betriebsbeitrag an den öffentlichen Verkehr mit der Realisierung der neuen Haltestelle Blatten um rund 265'000 Franken ansteigen. Eventuelle zusätzliche Folgekosten im Bereich Parkierung und Unterhalt, Planung eines neuen Buskonzepts etc. seien nicht eingerechnet, ebenso wie die Abschreibungen. Die RPK unterstütze den Antrag des Bezirksrates nicht und empfehle den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, diesen abzulehnen.

Das Sachgeschäft «Projektierungskredit Neubau zusätzliche Bahnhaltestelle Blatten» wird an die Urnenabstimmung vom 27. November 2016 überweisen.

Traktandum 5. Aufnahme in das Bürgerrecht von Einsiedeln

Der Bezirksammann verweist bezüglich Details zu den Bürgerrechtsbewerbern auf die Botschaft, Seiten 40 bis 42 und bittet die Gesuchsteller, sich vorzustellen. Die Bürgerrechtsbewerber

Daniel Hickey

Rosa Maria Hickey

Christiane Lilly Ritter

stellen sich der Versammlung einzeln persönlich vor. Nicht anwesend ist der achtjährige Jose Angel Hickey, welcher aufgrund der zu erwartenden späten Behandlung der Einbürgerungen vom Besuch der Bezirksgemeinde dispensiert ist. Er ist jedoch zusammen mit seinem Vater von der Einbürgerungsbehörde angehört worden und ist auch mit seinem Vater zusammen einzubürgern.

Karin Wilkening erkundigt sich, weshalb die sich die Ehefrau von Daniel Hickey nicht einbürgern lassen will. Daniel Hickey erklärt, dass seine Frau schon über mehrere Nationalitäten verfüge und im Moment nicht daran interessiert sei, Schweizerin zu werden. Für ihn und die Kinder hingegen sei dies sehr wichtig.

Urs Birchler erkundigt sich, weshalb die Einbürgerungsgebühren unterschiedlich sind. Bezirksammann Franz Pirker erläutert, dass die Gebühr für Familien Fr. 4'500.- betrage, darin seine jedoch bei der Familie Hickey alle drei Personen enthalten. Für Christiane Ritten als Einzelperson betrage die Einbürgerungsgebühr Fr. 3'600.-

Der Bezirksammann schlägt vor, die vorliegenden Einbürgerungsgesuche gemeinsam zu behandeln.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Einbürgerungsgesuche von Daniel Hickey mit Sohn Jose Angel, Rosa Maria Hickey sowie Christiane Lilly Ritter werden gemeinsam beraten.

Bezirksammann Franz Pirker erkundigt sich bei den Versammlungsteilnehmern, ob Fragen oder ein begründeter Gegenantrag zu einem der Einbürgerungsgesuche vorliege. Aus der Versammlung erfolgt kein Gegenantrag. Somit gelten die Anträge des Bezirksamts

1. Die in der Botschaft zur Bezirksgemeinde, Traktanden 5a – 5c aufgeführten Personen werden in das Bürgerrecht der Gemeinde Einsiedeln aufgenommen.
 2. Die Neubürger haben eine Einbürgerungsgebühr gemäss Botschaft zu entrichten.
 3. Vorbehalten bleibt die Aufnahme in das Kantonsbürgerrecht.
- als genehmigt.

Der Bezirksammann gratuliert den Neubürgern und heisst sie als Einsiedler herzlich willkommen.

Bezirksammann Franz Pirker gibt das Wort frei für Varia, was nicht genutzt wird. Somit kann er die Bezirksgemeindeversammlung um 21.45 Uhr schliessen. Er erteilt Verlängerung bis um 02.00 Uhr.

Für das Protokoll:

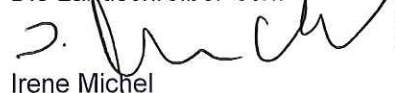
Bezirksrat Einsiedeln

Der Bezirksammann:



Franz Pirker

Die Landschreiber-Stv.:



Irene Michel

Vom Bezirksrat genehmigt an der Sitzung vom 23. November 2016 mit Beschluss Nr. 207

Zufertigung (als PDF per eMail):

Alle Bezirksräte (9), Landschreiber, RPK-Präsident, alle Abteilungsleiter (7), Heimleiter APH Langrütli, Leiterin Personalwesen, Dossier 0.3 Bezirksgemeinde